

## **Was ist Deutschland?**

### **Einheit und Vielheit 35 Jahre nach der deutschen Vereinigung in Europa**

Unter diesem Titel widmete sich die diesjährige Geschichtsmesse der Frage, wie sich unsere Gesellschaft und Demokratie im vereinten Deutschland angesichts globaler Herausforderungen, Digitalisierung und zunehmender Differenzierung verändert haben. Was bleibt von der Vereinigungsgesellschaft von 1990 im Deutschland von 2025? In welchem Verhältnis stehen die Debatten um Ost-West-Konflikte, geteilte Vergangenheiten, den Zustand unserer Demokratie, Zugehörigkeiten und Identitäten zueinander? Und wie wirken sie sich auf die Weiterentwicklung der deutschen Einheit aus? Diesen und weiteren Fragen widmeten sich mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet auf der 17. Geschichtsmesse, die vom 27.2. bis zum 1.3.2025 im thüringischen Suhl stattfand.

DR. ANNA KAMINSKY (Berlin), Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, begrüßte die Besucherinnen und Besucher. Mit Verweis auf ein in der Vorwoche von der Bundesstiftung Aufarbeitung veröffentlichtes Interview mit Andrej Hermlin warf sie die Frage auf, ob unsere Gesellschaft gerade jetzt einen Moment der Reflexion brauche und eine Stimme, die Widersprüche nicht glätte, sondern sichtbar mache. Das starke Ergebnis für populistische Parteien bei der Bundestagswahl habe tiefere gesellschaftliche Spannungen offengelegt. Doch im Aushandlungsprozess darüber, was wir wollen, wer wir sind und wer wir sein wollen, liege ein Wesensmerkmal der Demokratie. Am Ende stellte Kaminsky die Frage in den Raum, ob es nicht gerade die Aufgabe der Erinnerungskultur sei, weniger zu beruhigen als vielmehr zu beunruhigen. Die Messe wolle genau dies fördern, nämlich Stimmen sichtbar machen, die zur Reflexion anregen und einen Raum für Austausch über Einheit, Vielheit, Erinnerung und Verantwortung schaffen. Der Tagungsort Suhl unterstreiche diese Auseinandersetzung auf symbolische Weise, denn der Ort stehe für Brüche, Wandel und Neuerortung.

Mit dem Hinweis auf diese Symbolkraft leitete auch der Suhler Oberbürgermeister ANDRÉ KNAPP (Suhl) sein Grußwort ein. Er plädierte für eine ungeschönte, aber differenzierte Aufarbeitung der Vergangenheit als Voraussetzung für einen klaren Blick auf die Zukunft „frei von Wunschträumen“. Im Hinblick auf aktuelle Ost-West-Vergleiche forderte er, die spezifisch ostdeutsche Perspektive stärker zu berücksichtigen. Ostdeutsche seien besonders sensibel, wenn Ideologie über Sachverstand gestellt werde oder Gruppen pauschal verurteilt würden, anstatt sich argumentativ mit ihnen auseinanderzusetzen. Zudem würden Prozesse und Umbrüche im Osten oft früher als im Westen erlebt – eine wertvolle Erfahrung, die der Osten heute in den politischen Prozess einbringen könne.

In seinem Einführungsvortrag wählte PROF. DR. ARMIN NASSEHI (München) einen persönlichen Ausgangspunkt, indem er zunächst die eigene Sozialisation und Identität als Westdeutscher betrachtete. Identitäten beschrieb er als Reservoir anschlussfähiger kommunikativer Strukturen, was bedeute, dass sie kommunikativ erzeugt werden müssen. Das Westdeutschsein trete bei ihm selbst vor allem im Gegensatz zum Ostdeutschen hervor – ein Schluss, der sich verallgemeinern und umkehren lasse. Nassehi hielt fest, dass es derzeit vor allem eine ostdeutsche Identität gäbe, wohingegen sich ein westdeutsches Pendant (noch) nicht entwickelt habe. Als Kernthese formulierte er, dass der Osten – anders als 1990 vom Westen erwartet – nicht westdeutscher geworden sei. Stattdessen werde Deutschland insgesamt ostdeutscher. Dies spiegele sich wider in einer wachsenden Elitenkritik, verstärkten Krisenerfahrung, in mangelndem Vertrauen in politische Lösungsfindungskompetenz und dem Gefühl, nicht gehört zu werden – alles Aspekte, die bereits in der DDR wirksam wurden, nun

aber in Gesamtdeutschland eine zunehmende Rolle spielen. Die Kontinuitäten in Ostdeutschland begründete er mit der Trägheit von Systemen, wobei er kulturelle ebenso wie soziale, gesellschaftliche und politische Systeme einbezog. Diese Trägheit könne einerseits über lange Zeiträume Stabilität gewährleisten und andererseits eine Hypothek darstellen, etwa im politischen Tagesgeschäft. Beispielsweise habe es mangelndes Vertrauen in politische Eliten bereits in der DDR gegeben. Durch die Transformationserfahrungen seien diese Gefühle verstärkt worden und würden sich heute wiederum in Wahlergebnissen zeigen. Nassehi sprach sich dafür aus, historisch längere Epochen zu betrachten, den Blick auf andere Länder auszuweiten und die eigene Perspektive zu hinterfragen. Durch diesen Ansatz werde deutlich, dass die Entwicklungen in Ostdeutschland eher der europäische Normalfall seien, während Westdeutschland eine Ausnahme darstelle, die oftmals als selbstverständlich angenommen werde.

Das anschließende Gespräch mit Nassehi eröffnete die Moderatorin NINE-CHRISTINE MÜLLER (Berlin) mit der Frage, ob der Osten ein Seismograf für die gesamte Bundesrepublik sei. Nassehi bejahte und verwies darauf, dass sich viele Entwicklungen im Osten Deutschlands früher zeigten als im Westen – beispielsweise im Hinblick auf mangelndes Systemvertrauen. Müller thematisierte die Weiterentwicklung der deutschen Einheit vor dem Hintergrund nachfolgender Generationen. Ihrer Ansicht nach könnten die verschiedenen Identitäten einer Person eine Bereicherung sein und zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Nassehi ergänzte, dass die Anlässe für Selbstidentifikation und deren Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend seien.

In der dann erweiterten Podiumsrunde mit dem Titel „Wer sind wir? Identität(en), Nation und Heimat in Deutschland und Europa 35 Jahre nach der Einheit“ bildeten wiederum vielfältige Erfahrungshorizonte eine Gesprächsgrundlage. IRIS GLEICKE (Schleusingen) erklärte, dass sie erst nach der deutschen Einheit und in Abgrenzung zu bzw. in Auseinandersetzungen mit Fremdzuschreibungen zur „DDR-Bürgerin geworden“ sei. Ihr zufolge müsse der Erfahrungshintergrund der Ostdeutschen auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen. Auf die Frage nach den Komponenten von Identität nannten die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer unter anderem Sprache, die Integration in die Gesellschaft sowie Milieuzugehörigkeit. Sodann richtete Müller den Fokus auf Identitäten im Zuge der Transformationszeit. MAKSYM MELNYK (Berlin) machte anhand seiner Arbeit als Dokumentarfilmer und Journalist deutlich, dass sich eine offene Herangehensweise lohne und Verortungen nicht statisch sein müssten. AYMAN QASARWA (Halle/Saale) schilderte identitätsstiftende Situationen, die er als jemand, der ursprünglich aus Palästina zum Studieren in die DDR gekommen ist, im Osten erlebt hat. Über die Ambivalenzen zwischen Teilidentitäten wie „ostdeutsch“ und „deutsch“ wurde der Nationenbegriff in die Debatte geholt. Melnyk berichtete vom Nationenverständnis in osteuropäischen Regionen wie Transkarpatien. Bedingt durch historisch wechselnde Ländergrenzen gäbe es dort eine gewisse Anpassungsfähigkeit und die Identifikation mit einer Nation werde erst wichtig, wenn es eine Existenzbedrohung von außen gäbe – wie heute, wo er sich selbstverständlich als Ukrainer fühle. Nassehi und Gleicke waren sich einig, dass Nationenbegriffe Raum für Toleranz gegenüber anderen Völkern einschließen sollten. Qasarwa legte dar, wie nationale Zuordnungen bei verschiedenen Generationen (post-)migrantischer Gemeinschaften variieren können. Müller machte das Spannungsfeld auf, in dem sich Heimatkonzepte bewegen: abstrakte Transnationalität einerseits sowie Vereinfachung und Vereinnahmung, etwa durch rechte Strömungen, andererseits. Nassehi nahm Bezug auf die Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und trat dafür ein, aktuelle Debatten nicht allein auf Fluchtmigration auszurichten. Schließlich widmeten sich die Podiumsgäste der Frage, was Deutsche und Europäer 35 Jahre nach Überwindung der Teilung verbindet. Melnyk und Nassehi verwiesen auf die Komplexität der europäischen Geschichte, etwa im Gegensatz zur US-amerikanischen. Gleicke nannte vielfältige kulturelle Errungenschaften und betonte zudem, dass auch die Menschen im Westen durch die Einheit einen Zuwachs an Freiheit gewonnen haben. Qasarwa und

Nassehi machten demokratische Werte und Strukturen als europäisches Bindeglied aus. Qasarwa zog das Fazit, dass ein Blick von außen auf die deutsche Einheit zeige, wie wertvoll sie sei. Er verband damit die Hoffnung, dass die deutsche Einheit gelebt werde und zum 70. Jahrestag noch besser gefeiert werden könne.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Diskutierenden Begriffe wie Identität, Nation und Heimat im Kontext der deutschen Einheit multiperspektivisch analysiert und Verflechtungen in aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten deutlich gemacht haben.

Am Abend stellte CLARA MARZ (Berlin) im Gespräch zusammen mit KRISTIN HEINIG (Dresden) die Ausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vor. Diese sei anlässlich des 50. Jubiläums des Internationalen Jahres der Frau entstanden. Sie gehe den vielen Klischees nach, die Frauen aus Ost- und Westdeutschland zugeschrieben würden, analysiere deren Ursprünge und beleuchte ihre Wirkung auf das heutige Frauenbild. Als Beispiel nannte Marz den Gegensatz zwischen der arbeitenden „Rabenmutter“ im Osten und dem „Heimchen am Herd“ im Westen. Zwar seien Frauen in beiden deutschen Staaten ähnlichen Rollenerwartungen und einem männlich dominierten politischen System ausgesetzt gewesen, doch hätten sich ihre Vorstellungen von Emanzipation und ihr Politisierungsgrad stark unterschieden. Im Zuge der Wiedervereinigung seien ostdeutsche Frauen besonders von Umbrüchen betroffen gewesen. Sie hätten als erste ihre – oft identitätsstiftende – Arbeit verloren, während sich gleichzeitig das traditionelle Familienbild des Westens als Norm durchgesetzt habe. Durch familiäre Prägungen würden Unterschiede zwischen Ost und West weiter nachwirken, beispielsweise bei der Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen, beim Einkommen und der Kinderbetreuung.

Der zweite Programmtag begann mit der Frage nach dem Einfluss von Künstlicher Intelligenz (KI) und neuen Trends in Social Media auf die politisch-historische Bildung und digitale Erinnerungskultur. FELIX REUTH (Potsdam) leitete die Diskussion mit einem Impulsvortrag ein. Er stellte fest, dass KI seit längerem durch Algorithmen und andere Anwendungen präsent sei, jedoch erst durch ChatGPT größere Aufmerksamkeit erhalten habe. Die Entwicklung schreite rapide voran – getrieben von einer hohen Nutzerzahl und Reichweite sowie massiven finanziellen Investitionen. KI sei vielfältig anwendbar und könne auch wissenschaftlich genutzt werden. Alles, was eine Struktur enthalte und genügend Daten liefere, könne mit KI analysiert und erzeugt werden. In der Geschichtsvermittlung werde KI als Werkzeug zur Erstellung digitaler Inhalte und als Assistent genutzt. KI könne auch zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anstoßen, beispielsweise durch die digitale Rekonstruktion von Zeitzeugen. Neben den Potenzialen berge KI auch die Möglichkeit des Missbrauchs. Eine zu dünne Datenbasis oder das Arbeiten mit Wahrscheinlichkeiten könne Fehler erzeugen. Gleichzeitig seien KI-Modelle auch manipulierbar, wie etwa die chinesische Anwendung DeepSeek zeige. Durch KI erstellte Deepfakes zu historischen oder aktuellen politischen Ereignissen seien teils nicht von der Realität unterscheidbar. Reuth schloss mit dem Appell, dass die Gesellschaft als Ganzes und jeder Einzelne sich daher mit der Technik auseinandersetzen, digitalen Inhalten mit Skepsis begegnen und jede Quelle prüfen müsse.

Anschließend diskutierte das Podium über Chancen und Grenzen von Künstlicher Intelligenz (KI) und Social Media in der politisch-historischen Bildung. Der Fokus lag zunächst auf KI, die unter anderem in Form von Chatbots – wie dem „Anne-Frank-Chatbot“ – oder in der historischen Forschung, etwa zur Analyse mittelalterlicher Wappen, Anwendung finde (Reuth; DR. ANNE LAMMERS, Berlin). Zudem erleichtere sie die Arbeit, etwa durch automatisierte Textgenerierung (DR. ULRICH MÄHLERT, Berlin). Insgesamt werde KI jedoch noch selten in der politisch-historischen Bildung eingesetzt. Ein zentrales Thema war die Abgrenzung zwischen historischer Aufbereitung und Fiktionalisierung. Lammers betonte, dass Fiktionalisierung in der Geschichtsvermittlung nicht neu sei. Neu sei jedoch, dass KI es

jeder Person ermögliche, Inhalte zu erstellen, ohne diese als KI-generiert zu kennzeichnen. Dies berge Risiken, insbesondere hinsichtlich Intransparenz über Urheber und Zweck der Erstellung und die Gefahr für blinde Flecken und Verzerrungen. Das Podium war sich daher einig, dass Medienbildung und Wissensvermittlung Hand in Hand gehen müssten. Schulen und Universitäten sollten eine fundierte Quellenkritik vermitteln, so Mählert. Auch ethische Fragen zur Nutzung von KI-generiertem Material wurden diskutiert. Lammers regte an, ethische Fragen im Vorfeld zu klären, beispielsweise ob Chatbots Aussagen zugeschrieben werden dürfen, die eine historische Person nie getätigt habe. Sie plädierte für klare Kennzeichnung und Kontextualisierung von solchem Material. Mählert hingegen sprach sich für einen pragmatischen Ansatz aus: Eine vertiefte ethische Auseinandersetzung sei vor allem dann nötig, wenn die technologischen Möglichkeiten tatsächlich zum Einsatz kämen. Ein weiteres kontroverses Thema war die Abhängigkeit von großen Tech-Konzernen wie OpenAI. Während Mählert und Reuth die Nutzung solcher Systeme als pragmatische Notwendigkeit betrachteten, da es derzeit keine europäischen Alternativen gebe, verwies Moderator und Journalist MARCUS RICHTER (Berlin) darauf, die Marktmacht dieser Unternehmen kritisch zu hinterfragen. Auch Lammers warnte davor, Alternativlosigkeit als gegeben hinzunehmen. Eine Möglichkeit sei es, KI mit eigenen Materialien zu trainieren, um Abhängigkeiten zu reduzieren und Verzerrungen zu vermeiden.

Im Gegensatz zur KI sei Social Media bereits fester Bestandteil der politisch-historischen Bildung, etwa durch Instagram-, YouTube- oder TikTok-Kanäle. Auch von Institutionen unabhängige Formate wie @keine.erinnerungskultur gewannen an Bedeutung. Die Podiumsgäste diskutierten das Spannungsfeld zwischen Reichweite und Qualität. Reuth und Lammers betonten, dass Algorithmen polarisierende Inhalte begünstigen würden, während qualitativer Content oft untergehe. Um sich nicht nur diesem Mechanismus unterzuordnen, plädierte Lammers für eine klare Social-Media-Strategie. Mählert entgegnete, dass auch kontroverse Debatten Teil der Erinnerungskultur seien, stimmte jedoch zu, dass Erfolg nicht allein an Klickzahlen gemessen werden sollte. Schließlich wurde auch die ethische Frage diskutiert, ob politisch-historische Bildung auf Plattformen wie X oder Meta stattfinden sollte, die selbst aktiv politische Meinungsbildung betreiben würden (Richter). Lammers merkte an, dass deren Nutzung eine indirekte Legitimation dieser Unternehmen bedeute, weshalb einige Gedenkstätten und Universitäten sich bereits zurückgezogen hätten. Sie plädierte für den Aufbau unabhängiger, open-source-basierter Plattformen. Mählert hingegen sprach sich weiterhin für eine Präsenz auf X und Meta aus, da eine staatlich finanzierte Plattform die Gefahr von Filterblasen berge. Zudem könne man auf den gängigen Plattformen auch Menschen erreichen, die sich noch im Meinungsbildungsprozess befänden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Künstliche Intelligenz und Social Media viele Chancen für die politisch-historische Bildung bieten, jedoch ethische Fragestellungen, Transparenz und die Gefahr von Abhängigkeiten kritisch reflektiert werden müssen.

Der Abend fand seinen Abschluss mit einer Vorführung eines Teils des Seriodokumentarfilms „(K)Einheit – Wie die Gen Z über den Osten denkt“ und einer anschließenden Diskussion über die Perspektiven der Nachwendegenerationen auf Einheit und Vielfalt. Die 2022 in Chemnitz gegründete Initiative „(K)Einheit“ sucht den Dialog mit jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren aus den neuen Bundesländern über Identitäten, Vergangenheit und Zukunftsaussichten und macht die Vielfalt und Ambivalenzen junger ostdeutscher Perspektiven zugänglich. Die 13 ehrenamtlichen Projektbeteiligten haben dazu fünf Filme mit verschiedenen Protagonisten und Schwerpunkten erstellt. Diese sollen wiederum bei Workshops zur Diskussion anregen – nicht nur unter Gleichaltrigen, sondern auch zwischen verschiedenen Generationen und mit Menschen aus anderen (ost-)europäischen Ländern. In diesem Sinne verstehen sich die (K)Einheit-Akteure VANESSA BEYER (Chemnitz) und MAZLUM COŞKUNSU (Mannheim) als Brückenbauer über Grenzen und Generationen hinweg. Die auf der Geschichtsmesse gezeigten Filmausschnitte behandelten die Frage des „Gehens oder Bleibens“. Anschließend äußerten

die Podiumsgäste ihre persönliche Sicht auf das Thema. Alle zogen für Studium oder Beruf nach Westdeutschland bzw. Berlin, weil es keine Perspektiven vor Ort gegeben hätte. Während Coşkunsu weiterhin in Mannheim wohnt, verspürten Beyer und der Autor LUKAS RIETZSCHEL (Görlitz) im Kontext des erstarkenden Rechtsextremismus den Wunsch, bewusst in ihre Heimat im Osten zurückzukehren, um sich dort zivilgesellschaftlich zu engagieren. Die Podiumsgäste waren sich darin einig, dass die Umbrüche der 1990er- und 2000er-Jahre Nachwirkungen auf ihr eigenes Aufwachsen gehabt hätten und bis heute spürbar seien. Im Film wurde beispielsweise der Aspekt des verbreiteten Leerstandes als Chance und Freiraum dargestellt, während Rietzschel diesen auch als Entwicklungshemmnis kritisierte. Für ihn sei zudem eine generationsübergreifende Sprachlosigkeit prägend gewesen. Viele Erwachsene hätten ihre Erfahrungen aus Krieg (Großeltern-Generation) und Transformation (Eltern-Generation) nicht aufgearbeitet. Beyer hob die für sie prägende Rolle starker Frauen und die Abwertung ostdeutscher Bildungsabschlüsse hervor. Dies habe dazu geführt, dass sie selbst durch ihre Eltern „auf Bildung getrimmt“ worden sei. Coşkunsu schilderte Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit auf der einen und Unterstützung durch Lehrkräfte und Eltern auf der anderen Seite. Die Diskussion zeigte, dass das Ostdeutschsein für die Podiumsgäste ein prägender Teil ihrer Identität ist – eine Identität, die oft erst in Abgrenzung zum westdeutschen Blick und den geäußerten Stereotypen entstanden sei. Gegenüber dieser Ost-Identität werde ihnen mangels eigener DDR- und Transformationserfahrung jedoch auch Unverständnis entgegengebracht (Moderatorin NORA PRÜFER, Potsdam; Rietzschel, Beyer). Doch es gehe bei dieser Identifizierung nicht allein um Ostdeutschland, sondern um Vielfalt: Auch das Aufwachsen als Person mit Migrationshintergrund (Coşkunsu) und als Europäerin (Beyer) spiele eine Rolle.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die deutsche Teilung, Einheit und Transformation auch die Nachwendegenerationen prägen und eine ostdeutsche Identität bei jungen Menschen eine wichtige Rolle spielt – neben anderen Aspekten wie europäischer Zugehörigkeit oder Migrationshintergrund.

Am dritten und abschließenden Tag der Geschichtsmesse führte Michael Wellmann MAXIMILIAN STEINBEIS (Berlin) ein, indem er an einen Vortrag zum Thema Wehrhaftigkeit von Demokratie anknüpfte, den Steinbeis bei der 11. Geschichtsmesse im Jahr 2018 gehalten hatte. Inzwischen sei die Frage „Was wäre, wenn ...?“ in vielen Ländern keine hypothetische mehr und zugleich zeige sich das Resilienzpotenzial von Demokratien, etwa in Polen. Steinbeis eröffnete sodann das Podiumsgespräch „Wie resilient ist unsere Demokratie“ mit einem handlungsorientierten Impulsvortrag. Zunächst skizzierte er den Status quo der Demokratie angesichts der aktuellen Bedrohungen, wobei er ausgehend von der europäischen Ebene Parallelen zur Situation in Deutschland und Thüringen zog. Eine wichtige Erkenntnis sei, dass die Umsetzung autoritär-populistischer Strategien sich schrittweise vollziehe und nicht erst mit der Machtübernahme entsprechender Parteien anfangen, sondern bereits in der Opposition. Steinbeis formulierte sechs Ansätze, um demokratiefeindlichen Bewegungen in Deutschland entgegenzuwirken: Dazu gehören das Lernen aus den Erfahrungen anderer Länder, die Entwicklung konkreter Szenarien und Maßnahmen sowie die Stärkung der institutionellen Resilienz. Weiterhin sprach er sich dafür aus, die „Neutralitätsfalle“ – etwa in der politischen Bildungsarbeit – zu vermeiden, ebenso wie die (umfassende) Auslagerung von Verantwortung auf das bestehende Rechtssystem und seine Akteure. Abschließend hob er die Wichtigkeit der Solidarität mit vulnerablen Minderheiten hervor.

Im anschließenden Podiumsgespräch richtete der Moderator DR. ULRICH MÄHLERT (Berlin) den Fokus zunächst auf die Entwicklung von gesellschaftlichen und medialen Debattenräumen im Zeitraum der letzten Jahre. Er konstatierte, dass aktuell linke Positionen in der öffentlichen Meinung positiv konnotiert seien, während zugleich Wahlergebnisse eine Rechtsverschiebung zeigten. DR. MARIA NOOKE (Potsdam) betonte den Einfluss von Krisen auf die politische Stimmungslage. Sie sehe es als

problematisch an, dass nicht mehr zwischen rechten und rechtsextremen Positionen unterschieden werde. Während Nooke die Diskursverengung kritisierte, warnte Steinbeis vor der Normalisierung rechter Narrative. Die Aufweichung von Grenzen zwischen der politischen Mitte, rechten und rechtsextremen Standpunkten erfolge seit Jahren strategisch und werde nun stellenweise von Parteien der Mitte aufgegriffen. Mählert thematisierte das politische Arbeitsklima mit der Frage, wie Parteien der Mitte mit jenen Parteien umgehen, die rechts und links von ihnen verortet sind. MARKUS MECKEL (Berlin) sprach sich gegen Ideologisierung und die Einebnung politischer Nuancen aus – insbesondere auch in der Sprache. Auf der Basis seiner Erfahrungen in der Politik appellierte er an die Parteien im demokratischen Spektrum, vorbehaltlos zusammenzuarbeiten. Im letzten Teil der Podiumsdiskussion tauschten sich die Gesprächspartner über Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie im Allgemeinen und der politischen Mitte im Besonderen aus. Mählert sprach den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als intermediäre Instanz an und warf die Frage auf, inwieweit politischer Aktivismus und Analyse getrennt werden sollten. Steinbeis sieht intermediäre Institutionen durch autoritär-populistische Entwicklungen in ihrer Existenz tangiert und leitet daraus die Notwendigkeit eines klaren Abgrenzungskurses her. Nooke führte Problemlösungskompetenz und Kompromissfähigkeit in der Politik als wichtige Schlüssel für demokratische Resilienz an. Sowohl für Nooke als auch für Meckel und Steinbeis ist bedeutsam, wer politische und gesellschaftliche Herausforderungen wie anspricht und definiert. Aus dem Publikum kam die Ergänzung, dass Demokratie im Kleinen, etwa in der Kommunalpolitik, beginne und durch die Zivilgesellschaft mitgetragen werde. Entsprechend müsse auch gefragt werden, was getan werden kann, damit Menschen sich weiterhin demokratisch engagieren, ohne dabei Angriffen ausgesetzt zu sein.

Die Podiumsgäste analysierten Gefährdungen für die Demokratie in Deutschland ausgehend von aktuellen (partei-)politischen Entwicklungen und Debatten. Resilienzpotenzial zeigten sie sowohl in Form von Abgrenzungs- und Schutzstrategien als auch in Form von demokratischen Kompetenzen auf.

Die Video-Mitschnitte der Plenumsveranstaltungen der Geschichtsmesse können Sie unter diesem Link (<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek?term=Geschichtsmesse>) finden.

Wie in jedem Jahr bot auch die Geschichtsmesse 2025 neben fachlichem Input Projektträgerinnen und -trägern und Bildungsinstitutionen reichlich Raum zum Austausch auf dem „Markt der Möglichkeiten“ mit rund 45 Ausstellern sowie bei den insgesamt 52 Projektpräsentationen.

Autorinnen: Ulrike Döbel und Lucie Kiehlmann, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur